



Presseschau vom 27.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Botschafter Wladimir Grinin: Russland baut auf Dialog mit Bundesregierung

Russland rechnet damit, dass die neue Bundesregierung auf die Wiederherstellung des politischen Dialogs und des in den vergangenen Jahren untergrabenen gegenseitigen Vertrauens hinarbeiten wird. Das sagte der Botschafter Russlands in Deutschland, Wladimir Grinin, am Dienstag in Berlin.

„Nach wie vor bauen und hoffen wir auf die Wiederherstellung des in den vergangenen Jahren spürbar untergrabenen gegenseitigen Vertrauens, auf den Aufbau eines umfassenden politischen Dialogs wie auch darauf, die bilaterale Tagesordnung in allen Bereichen der Kooperation mit Positivem zu erfüllen. Wir rechnen damit, dass die Regierung, die nach der jüngsten Wahl gebildet werden wird, eine ähnliche Position bezieht. In diesem Zusammenhang könnte im Großen und Ganzen von gewissen positiven Signalen während der Wahlkampagne die Rede sein“, fuhr der Botschafter fort.

Grinin zufolge rechnet die russische Seite mit einem „konstruktiven Zusammenwirken mit allen Kräften: Mit jenen, die die Regierung bilden werden, wie auch mit jenen, die in die Opposition wechseln“. Es gehe vor allem um den „Aufbau eines interparlamentarischen Dialogs“, der es in vollem Maße gestatten werde, „Probleme und Schwierigkeiten offen zu diskutieren, mit denen wir konfrontiert sind, und gegenseitig annehmbare Lösungen herbeizuführen“.

Die Tatsache, dass die CDU/CSU in der künftigen Bundesregierung höchstwahrscheinlich der

„ältere Partner“ bleibt, solle zu einem „Garant für Stabilität und Kontinuität werden, darunter auch in den russisch-deutschen Beziehungen“. Zugleich schloss der Diplomat nicht aus, dass jede in der künftigen Regierung vertretene Partei zu außenpolitischen Richtlinien beitragen werde, die im Koalitionsabkommen festgeschrieben würden.

„Ungeachtet der vorhandenen Gegensätze gibt es offenkundig keine Alternative zu unserem Zusammenwirken in einem weiten Kreis von Problemen. Und Berlin ist sich darüber voll und ganz im Klaren“, betonte Grinin.

de.sputniknews.com: Putin hat Litauens Präsidentin nie unter Druck gesetzt – Außenministerium

Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė hat versucht, sich selbst auf Kosten einer unwahren Aussage über einen angeblichen Druck seitens des russischen Staatschefs Wladimir Putin im Februar 2010 in Helsinki zu behaupten. Das hat das russische Außenministerium am Dienstag mitgeteilt.

„Derartige provokative Behauptungen, die nichts mit den realen Tatsachen zu tun haben, machen der litauischen Staatsführung wenig Ehre. Man darf sich nicht auf Kosten einer offensichtlichen Fälschung behaupten“, heißt es in einer auf der Webseite des Außenministeriums veröffentlichten Erklärung.

Zuvor hatte man den litauischen Behörden angeboten, die Audio-Aufnahme des Gespräches zu veröffentlichen, allerdings kam darauf keine Reaktion.

„Das ist ja auch verständlich“, heißt es in der Erklärung.

Anfang September hatte der Pressesprecher Putins, Dmitri Peskow, die Erklärungen von Grybauskaitė zurückgewiesen, dass Putin im Jahr 2010 angeblich statt der litauischen Gesprächspartnerin zuzuhören, ihr einfach eine Liste von Forderungen ausgestellt habe. In den diplomatischen Kreisen habe man die Erklärung der litauischen Präsidentin als „Nonsens in jeder Hinsicht“ bezeichnet.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Beresowskoje, Smeloje und Logwinowo**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Brand in ukrainischem Munitionslager: 22.500 Familien evakuiert und Luftraum gesperrt**

Ein ukrainisches Munitionsarsenal im Gebiet Winnyzja brennt seit Dienstag. Die Ukraine hat den Luftraum über dem Gebiet gesperrt. Das hat der stellvertretende Minister für die Infrastruktur des Landes, Jurij Lawrenjuk, via Facebook mitgeteilt. Danach sind fast 22.500 Familien evakuiert worden.

Laut Lawrenjuk hat die zuständige Behörde des Landes den Luftraum im Umkreis von 50 Kilometern von dem Brand gesperrt. Flugzeugen sei es verboten, auf jeder Höhe in das gefährliche Gebiet hineinzufiegen. Das Lager befindet sich nahe der südwestlich von Kiew gelegenen Stadt Winnyzja.

Der Verkehr auf der Autobahn aus Schytomyr nach Mohyliv-Podilskyj ist den Angaben zufolge ebenfalls blockiert. Eine Eisenbahnstrecke unweit der Brandstätte sei gesperrt worden.

Nach Angaben der ukrainischen Polizei brennt das Arsenal seit Dienstagabend. Geschosse seien explodiert. Medienberichten zufolge werden in dem Munitionslager Raketen für Raketenwerfer vom Typ „Smertsch“, „Uragan“ und „Grad“ gelagert.

Eine Frau sei mit mittelschweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht worden. Feuerwehrleute sind laut den Berichten im Einsatz. Brände in vier Wohnhäusern, die von Raketen getroffen worden waren, seien bereits gelöscht.

Es ist nicht der erste Brand in einem ukrainischen Munitionslager in der letzten Woche. Am 23. September war ein Arsenal der ukrainischen Armee neben der Stadt Mariupol im Gebiet Donezk in Flammen aufgegangen. Es gab Explosionen, Bewohner wurden evakuiert. Der Brand sei gelöscht worden, wurde berichtet.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/c2m9vOJ_Mp8" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/c2m9vOJ_Mp8

[ukrinform.ua: Brand in Munitionslagern in Kalyniwka: Generalstab schließt Provokation durch Saboteure nicht aus](#)

Für die Liquidierung des Brandes auf dem Territorium des Waffenlagers des ukrainischen Verteidigungsministeriums in der Nähe der Stadt Kalyniwka des Gebiets Winnyzja seien mehr als 1250 Menschen und 47 Fahrzeuge eingesetzt, ließ die Pressestelle des ukrainischen Staatsdienstes für Notsituationen berichten.

Im Generalstab schließt man Sabotage als Ursache für den Brand in den Munitionslagern in Kalyniwka nicht aus, erklärte auf einem der ukrainischen TV-Sender der Leiter der PR-Abteilung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine, Bohdan Senyk.

„Nicht ausgeschlossen ist auch die Information über Sabotage, die von Journalisten angesprochen wurde. Es werden verschiedene Versionen überprüft...“, sagte Senyk.

Er fügte hinzu, dass das Lager ein geschlossenes Territorium war und niemand das Gelände des Lagers einfach so betreten durfte.

Senyk stellte ferner fest, dass die wahre Ursache für den Brand nach Ergebnissen der Arbeit der Spezialisten und Experten genannt wird, die jetzt am Lager arbeiten.

Bestätigt hat diese Version auch der Journalist Jurij Butusow.

Er weist darauf hin, dass das Waffenlager in Kalyniwka zu den drei größten Munitionslagern in der Ukraine gehört. Die Fläche der Munitionslagerung beträgt etwa 1000 Hektar. Es ist um etwa 10 % weniger als die Größe des in Brand gesteckten Waffenlagers in Balakleja im Charkiwer Gebiet.

[de.sputniknews.com: Spanische Medien über „Hand des Kreml“ in Katalonien – Botschafter widerspricht](#)

Einige Medien in Spanien versuchen, die Schuld für den Prozess in Katalonien dem Kreml in die Schuhe zu schieben. Das hat der russische Botschafter in Spanien, Juri Kortschagin, am Mittwoch erklärt und solchen Behauptungen widersprochen.

In einem Beitrag in der Wochenendausgabe der Zeitung „El País“ sei über die angebliche Einmischung Russlands in den katalanischen Prozess geschrieben worden, sagte der Botschafter gegenüber RIA Novosti. Im Text seien verschiedene Quellen und Behauptungen in einen Topf geworfen worden: WikiLeaks, Bots, Beschuldigungen der Wahleinmischung anderer Länder gegenüber Russland.

Der Diplomat betonte: „Dort werden katalanische Politiker erwähnt, von denen wir noch nie gehört haben. All dies stellt einen wilden Salat dar, den die "Hand von Moskau" schon Mal aus Ekel nicht berühren würde.“

Der Autor des Artikels in „El País“ habe am Montag im staatlichen Fernsehsender „24 Horas“ seine „Phantasien“ weiter verbreitet. Das zeugt für Botschafter Kortschagin davon, dass es in Spanien Kreise gebe, die Russland für „egal was“ verantwortlich machen wollen: „Der Kreml

hat also den Brexit arrangiert, die Wahlen in den USA beeinflusst, den Einzug einer rechten Oppositionspartei in den Bundestag verursacht. Und Spanien scheint hier ja ganz beiseite zu bleiben. Das geht ja nicht – so ein wichtiges Land, wo sich niemand einmischt. So hatte Autor beschlossen, das alles auszubessern und fand auch gleich ein passendes Szenario: Katalonien.“

Dan-news.info: „Abends, gegen 19:30 haben ukrainische Einheiten **Kominternowo** beschossen, in der Folge brannte ein privates Haus in der Kirow-Straße ab“, teilte die Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

de.sputniknews.com: Internationale Rangliste: Russland hat Wettbewerbsfähigkeit verbessert
Russland ist in der Rangliste des Weltwirtschaftsforums (WEF) mit den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt weiter aufgestiegen. Es hat um fünf Plätze zugelegt und befindet sich nun auf Rang 38.

Die Rangliste wurde im aktuellen „Global Competitiveness Report“ des in der Schweiz ansässigen WEF am Dienstag veröffentlicht. Die verbesserte Position Russlands in der globalen Wettbewerbsfähigkeit sei mit der makroökonomischen Situation im Land verbunden, hieß es.

Russland hat laut der WEF-Untersuchung noch viele Probleme aufgrund der schwachen Entwicklung verschiedener Bereiche, so bei den Finanzmärkten, insbesondere im Bankensektor, bei Fragen der Eigentumsrechte und der Unabhängigkeit der Justiz sowie durch Korruption.

Nach dem „Global Competitiveness Index“ des WEF belegt die Schweiz im neunten Jahr in Folge den Spitzenplatz. Auf den weiteren Rängen liegen erneut die USA, Singapur, die Niederlande und Deutschland. Dabei haben die USA und Singapur den zweiten und dritten Platz in diesem Jahr getauscht.

Armiyadnr.su: Operative Information über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **25 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften der Republik** mit Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der Beschüsse wurde ein Haus in **Dokutschajewsk** in der Zentralnaja-Straße 38/4 beschädigt.

de.sputniknews.com: Moskau reagiert auf Kurden-Referendum: Streitigkeiten durch Dialog lösen

Die Kurden im Irak und die irakische Zentralregierung sollen ihre Kontroversen durch Dialog lösen. Dazu ruft Moskau im Zusammenhang mit dem Referendum über die Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistan auf.

Das russische Außenministerium forderte beide Seiten in Erbil und Bagdad dazu auf, beliebige Schritte, die die Situation im Nahen Osten noch zusätzlich erschweren und destabilisieren könnten, zu vermeiden. Die Souveränität und territoriale Integrität des Irak werde wie die anderer Staaten im Nahen Osten unverändert unterstützt, heißt es in der Mitteilung des Außenministeriums vom Mittwoch.

Moskau stehe den nationalen Bestrebungen von Kurden mit Respekt gegenüber, hieß es: „Wir gehen davon aus, dass alle Streitfragen zwischen der föderalen Regierung des Irak und der Führung der kurdischen autonomen Region mittels eines konstruktiven und respektvollen Dialogs, der eine gegenseitig annehmbare Formel der Koexistenz innerhalb eines irakischen Staates zu erarbeiten helfen soll, gelöst werden können und müssen.“

Am Montag hatte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch mit seinem türkischen und seinem iranischen Amtskollegen, Recep Tayyip Erdogan und Hassan Rouhani, über das Referendum zur Unabhängigkeit in Irakisch-Kurdistan gesprochen. Die Wahlkommission Kurdistans hatte RIA Novosti mitgeteilt, dass nach Auszählung von 3,44 Millionen Stimmen beim kurdischen Unabhängigkeitsreferendum 91,83 Prozent der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt haben sollen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31760/34/317603402.jpg>

Dan-news.info: „Bis zum 22. September sind im Jahr 2017 33.825 Menschen auf Arbeitsplätze vermittelt worden, im letzten Jahr waren es insgesamt 44.138, im Jahr 2015 32.878“, teilte die Direktorin des Republikanischen Arbeitsamts Tamara Kosenko mit. Sie fügte hinzu, dass von der Gesamtzahl der Vermittelten 55.000 unbefristete Stellen erhalten haben, die übrigen befristete.

de.sputniknews.com: Russische Kritik an US-Neuinterpretation des „Offenen Himmels“
Die USA interpretieren den „Open Skies“-Vertrag neu. Dazu nutzen sie die Vorwürfe gegen Russland, es halte den Vertrag nicht ein. Das hat Igor Korotschenko, Mitglied des Gesellschaftsrates beim Verteidigungsministerium, gegenüber dem russischen TV-Sender RT festgestellt.

Die von Washington angekündigten Einschränkungen für russische Beobachtungsflüge über den USA im Rahmen des vereinbarten Programms „Offener Himmel“ („Open Skies“) haben laut Korotschenko nichts mit den Bestimmungen des entsprechenden Vertrages zu tun. Er ist Direktor des russischen Zentrums für Waffenhandelsanalysen. Für ihn handelt es sich um „eine subjektive Entscheidung der USA“, was Washington in den letzten Monaten häufig mache, sagte er gegenüber RT. Er erinnerte dabei an das Vorgehen der US-Behörden gegen das russische diplomatische Eigentum in den USA.

Korotschenko sieht in den geplanten Maßnahmen nicht einfach einen „feindlichen Schritt“. Damit werde vielmehr der „Open Skies“-Vertrag an sich unterbunden, betonte er. Dadurch würde Washington den Vertrag gar nicht mehr lebensfähig machen und eindeutig feindliche Schritte gegen Moskau unternehmen.

Wie die US-Zeitung „The Wall Street Journal“ zuvor berichtete, bereiten sich US-Behörden darauf vor, die Flüge von russischen Militärflugzeugen über dem Territorium der USA im Rahmen des Open-Skies-Vertrags einzuschränken. Das könne Flüge über Alaska und Hawaii

betreffen. Der Zeitung zufolge handelt es sich dabei um eine Antwort der US-Behörden auf das Verbot des Kremls für Flüge über Kaliningrad.

Nachmittag:

Dan-news.info: „Heute tagsüber, gegen 11:00 haben ukrainischen Truppen **Wasiljewka** beschossen. In der Folge des Beschusses wurde **eine 80jährige Frau verletzt**“, teilte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun mit. Er erläuterte, dass die Verletzte im Jasinowatajer Stadtkrankenhaus ist. Ihr Zustand ist derzeit nicht bekannt.

de.sputniknews.com: US-Koalition setzt weißen Phosphor bei Luftangriff in Syrien ein: Tote – Medien

Die Luftwaffe der US-geführten internationalen Koalition hat Angriffe mit dem Einsatz von weißem Phosphor gegen ein Wohnviertel in der syrischen Provinz Deir ez-Zor durchgeführt. Die Chemikalie ist den internationalen Konventionen zufolge verboten. Das meldet die Agentur Sana unter Berufung auf Einwohner und Medien.

Demnach traf der jüngste Luftschlag der internationalen Kräfte das Viertel as-Suar im Nordosten der Provinz. „Quellen teilten mit, dass bei der Attacke drei Zivilisten ums Leben kamen und fünf weitere verletzt wurden“, heißt es in der Meldung. Viele öffentliche und private Eigentumsobjekte seien dabei stark beschädigt worden.

Die US-geführte Anti-IS-Koalition hatte zuvor den Tod von 624 Zivilisten infolge der Luftangriffe, die im Zeitraum von August 2014 bis Juni 2017 gegen die Terroristen in Syrien und im Irak geführt worden waren, zugegeben.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hatte bereits in ihrem Bericht im Juni die US-geführte Koalition für den Einsatz von Phosphorbomben in Syrien scharf kritisiert.

Das Vorgehen der US-geführten Koalition unter dem Vorwand des Anti-IS-Kampfes in Syrien ist vom Standpunkt des internationalen Rechts illegitim, da es weder auf einem Uno-Mandat basiert noch die Zustimmung der syrischen Staatsführung hat.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Sprachdiktat sorgt für große Empörung in Europa**

Die endgültige Billigung des ukrainischen Bildungsgesetzes, das den Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten einschränkt, hat eine ernsthafte Krise zwischen der Ukraine und einigen EU-Mitgliedern provoziert, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Mittwoch.

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó kritisiert den Beschluss des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko als beschämend und schändlich. Ihm zufolge kann sich Kiew fortan von der Idee der EU-Integration verabschieden. Die Position Ungarns wurde auch im Parlament Rumäniens unterstützt. Zuvor war das Gesetz von Vertretern Bulgariens und Griechenlands scharf kritisiert worden. Aber auch die ukrainischen Behörden wählten einen sehr harten Ton. In der Obersten Rada (Parlament) in Kiew wurde die Reaktion Ungarns als Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes bezeichnet.

„Die Verabschiedung des Gesetzes wird es ermöglichen, eine tiefe und allumfassende Bildungsreform durchzuführen, die die Konkurrenzfähigkeit der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt erhöhen würde. Das Gesetz wird reale Schritte zur Aufnahme der Ukraine in den europäischen Bildungsraum gewährleisten“, so Poroschenko.

Ihm zufolge sichert das Gesetz gleiche Möglichkeiten für alle und das Niveau zur Beherrschung der ukrainischen Sprache, das für eine erfolgreiche Karriere in der Ukraine nötig ist.

Wie der Pressedienst Poroschenkos berichtete, beauftragte er das Außenministerium und das Bildungsministerium, Konsultationen mit den europäischen Partnern durchzuführen, darunter mit dem Europarat. Der ungarische Außenminister sagte indes, dass sein Land jede Initiative der Ukraine in der EU blockieren würde, die ihr weiteres Vorankommen bei der EU-Integration im Rahmen des Programms „Östliche Partnerschaft“ bedeuten würde. „Wir können garantieren, dass das die Zukunft der Ukraine schwer belasten wird“, sagte der Minister. Er bezeichnete den Beschluss Poroschenkos als „beschämend“ und „schändlich“. Als Zeichen des Protests sagte der rumänische Präsident Klaus Iohannis den für Oktober geplanten Ukraine-Besuch an. Der rumänische Abgeordnete von der Partei der Volksbewegung und der Vorsitzende der Kommission der rumänischen Gemeinden im Ausland, Constantin Codreanu, rief dazu auf, die euroatlantische Integration Kiews nicht mehr zu unterstützen, weil „sich die Ukraine nicht mehr als Staat verhält, der europäische Werte respektiert“. Besorgnisse über das neue Gesetz wurden auch von Bulgarien, Griechenland, Polen und Moldawien geäußert.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte, dass der Kreml zahlreiche Punkte dieses Gesetzes als unangemessen betrachtet. Das russische Außenministerium hatte zuvor berichtet, dass es auf der Hand liege, dass das Hauptziel der aktuellen ukrainischen Gesetzgeber die maximale Einschränkung der Interessen von Millionen russischsprachigen Einwohnern der Ukraine und die gewaltsame Aufstellung eines monoethnischen Sprachregimes in einem multinationalen Staat sei. Laut russischen Behörden widerspricht das Gesetz der Verfassung der Ukraine und den internationalen Verpflichtungen Kiews. Die Kritiker des Gesetzes nahmen vor allem an Artikel 7 des Dokumentes Anstoß, wo in Punkt 1 steht – die „Sprache des Bildungsprozesses in Bildungseinrichtungen ist die Amtssprache“. Nach statistischen Angaben gibt es in der Ukraine rund 400 000 Kinder, die nationale Minderheiten vertreten. Die absolute Mehrheit davon (356 000) sind russischsprachige Schüler. Etwa jeweils 16 000 Schüler stellen ungarische und rumänische Gemeinden. Rund 2700 Schüler lernen auf Moldawisch, 1800 – auf Polnisch. Gemäß dem neuen Gesetz werden die Kinder der Vertreter der nationalen Minderheiten in Kindergärten und Grundschule Fächer in ihrer Muttersprache lernen, wobei parallel die Amtssprache gelernt wird. Ab der 5. Klasse wird der Unterricht auf Ukrainisch erfolgen. Ab dem 1. September 2020 wird der Unterricht vollständig auf Ukrainisch abgehalten.

Die Vertreterin des „Oppositionsblocks“ in der Obersten Rada, Julia Kowalewskaja, erklärte, dass das Bildungsgesetz gegen die Verfassung der Ukraine verstoße, die die freie Entwicklung aller Sprachen der nationalen Minderheiten gewährleiste und nicht nur den Sprachen der Krimtataren und Gagausen. Ihr zufolge spaltet dieses Dokument die Gesellschaft und löst Unzufriedenheit im Ausland aus.

Armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Armee der DVR Daniil Bessonow
In den letzten 24 Stunden wurden **25 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von sieben Ortschaften, **Krutaja Balka, Jasinowataja, Mineralnoje, Schachta Abakumowa, Spartak, Dokutschajewsk und den Petrowskij-Bezirk von Donezk**, wurden 27 Panzergeschosse, 28 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 40 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In der Folge von Beschüssen wurde die **Einwohnerin von Wasiljewka Galina Samuilowna Sereda, geb. 1937, verletzt**, außerdem wurde in Dokutschajewsk ein Haus in der Zentralnaja-

Straße 38/4 beschädigt.

In Richtung Mariupol hat der Gegner auf das Gebiet von **Kominternowo** zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, mit Granatwerfern und Schusswaffen wurde außerdem das Gebiet von **Sachanka** beschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner auf das Gebiet von **Sajzewo** neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR.**

Regelmäßige Fälle von nicht ordnungsgemäßen Verhaltensweisen zwischen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben begonnen Massencharakter anzunehmen.

Der entlassene Soldat einer Artillerieeinheit der 1. Panzerbrigade Feldwebel Chaljawka fuhr mit seinem privaten Fahrzeug in betrunkenem Zustand und verursachte einen Verkehrsunfall. Die geschädigte Seite waren zwei Soldaten der 28. mechanisierten Brigade, die ebenfalls betrunken waren.

In der Folge des Unfalls und eines Konflikts zwischen den Soldaten wurde Feldwebel Chaljawka mit einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma und einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert.

Nach uns vorliegenden Informationen hat das Kommando der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Seestreitkräfte einen in einer Einheit erfolgten Zwischenfall verheimlicht, der mit Drogenhandel unter Soldaten der Brigade zusammenhängt.

In der Zone der sogenannten „ATO“ wurde ein Soldat der Brigade, der Matrose Bojtschenko, bei dem ein Päckchen mit Drogen gefunden wurde, festgenommen. Wie bei einem Verhör deutlich wurde, plante Bojtschenko, sie unter seinen Kameraden zu verbreiten. Eine in der Folge durchgeführte Überprüfung deckte auf, dass von den Soldaten des Marineinfanteriebataillons regelmäßig Drogen konsumiert werden.

Um keinen Lärm aufkommen zu lassen, verabredet das Brigadekommando mit Hilfe von Korruptionsschemata mit den Rechtsschutzorganen, dass ein Strafverfahren nur gegen den Matrosen W. W. Bojtschenko aufgenommen wird, der unter Druck zugab, dass er die Drogen für den persönlichen Gebrauch transportiert hat.

Drogenabhängigkeit, nicht ordnungsgemäße Verhaltensweisen, ein ununterbrochenes Anwachsen der Zahl der Selbstmorde und Strafverfahren in den Reihen der sogenannten „Verteidiger der Ukraine“ rufen beim Kommando der ukrainischen Streitkräfte Panik hervor. Zur Überprüfung des moralisch-psychischen Zustands der ukrainischen Soldaten hat das Kommando der ukrainischen Streitkräften Kommissionen in die Einheiten der 92., 28., 72. mechanisierte Brigade und die 128. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte geschickt. Aber die **Ergebnisse der Überprüfungen werden sorgfältig verheimlicht** und Soldaten, die aufgedeckte Fakten in den sozialen Netzen veröffentlichen, erleiden Repressionen von Seiten des Kommandos.

de.sputniknews.com: **Donezk: Letale US-Waffen werden Kiew nicht zum Sieg verhelfen**

Die tödlichen Waffen aus den USA werden laut dem offiziellen Vertreter der Volksrepublik Donezk, Alexander Kostenko, der ukrainischen Regierung nicht helfen, den Bürgerkrieg im Donbass zu gewinnen.

„Die ukrainische Regierung versteht nicht, dass letale Waffen aus den USA ihr nicht helfen werden, den Bürgerkrieg, den Kiew im Donbass entfesselt hat, zu gewinnen“, sagte Kostenko.

„Man darf zudem nicht vergessen, dass der Westen schon seit 2014 Waffen an die Ukraine liefert, wobei weder das Ausmaß noch der Preis dieser Lieferungen geheim gehalten wurden.“

Somit reagierte der Vertreter der Volksrepublik Donezk auf die Erklärung des Vorsitzenden des Vereinten Komitees der Stabsleiter der amerikanischen Streitkräfte, General Joseph Danford, darüber, dass die Versorgung von der Ukraine mit letalen Waffen ihr helfen werde, „Russland einzudämmen“. Er unterstrich vor diesem Hintergrund zudem, dass nicht Russland, sondern Kiew und die selbsternannten Republiken in den Donbass-Konflikt involviert seien.

„Der Westen betreibt erneut Populismus, indem er die ‚russische Gefahr‘ betont, die absolut grundlos ist und jede rechtliche Grundlage entbehrt. Die internationale Gemeinschaft hat bei den Minsker Verhandlungen nicht Russland, sondern die Ukraine und die Donbass-Republiken als Seiten des Konflikts anerkannt“, betonte Kostenko.

Zuvor hatte der fraktionslose Abgeordnete der Obersten Rada (ukrainisches Parlament), Viktor Baloga, gesagt, dass Kiew aufhören solle, auf die Lieferung von letalen Waffen aus den USA und Kanada zu hoffen.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte am Montag in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt habe. Derzeit sieht das offizielle, vom US-Senat gebilligte Verteidigungsbudget nur 150 Millionen Dollar für die Ukraine vor. Davon sollen jedoch lediglich 75 Millionen Dollar sofort zugänglich werden, für die restliche Summe ist eine Extra-Zustimmung des Senats erforderlich...

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Brigade im Gebiet von Staryj Ajdar zur Verstärkung des 1. und des 2. Bataillons eine Kolonne von Technik der Gegners, bestehend aus zwei Schützenpanzern und drei Lastwagen, und Personal und Munition eingetroffen.

In Stschastje wurde die Ankunft von sechs Lastwagen auch mit Munition und Personal und vier Schützenpanzern bemerkt.

Am Abend des 26. September ist ein großer **Brand in einem Munitionslager der ukrainischen Streitkräfte**, das im Gebiet von Kalinowka im Oblast Winniza liegt, erfolgt.

Nach operativer Information des staatlichen Dienstes für Notfallsituation des Ukraine wurden bis um 10 Uhr morgens am 27. September in Kalnowka zwei Menschen verletzt, die sich in einer medizinischen Einrichtung befinden. Mehr als 30.000 Menschen wurden evakuiert. Die Maßnahmen zur Evakuierung der Bevölkerung und der Beseitigung der Folgen des Unfalls gehen weiter.

Die Volksmiliz betrachtet **mehrere Versionen dieses Vorfalles**.

Die erste – in diesem Gebiet begannen am 26. September antiterroristische Übungen und unter Berücksichtigung der Praxis der ukrainischen Streitkräfte, an die Lagerung von Munition nachlässig heranzugehen, könnte sich so eine Detonation ereignet haben, Ursache könnte auch der menschliche Faktor und die **Nichteinhaltung von Sicherheitsmaßnahmen** gewesen sein.

Die zweite und grundlegende – es handelt sich um die **Verheimlichung von Diebstahl von Militäreigentum**, das dann verkauft wurde, sowie die Abschreibung von Munition, die in der „ATO“-Zone verwendet wurde.

All diese Versionen können aktuell sein, aber dass man uns beschuldigen wird und es der Aktivität von Diversions- und Erkundungsgruppen der Republik zuschreiben wird, daran haben wir keine Zweifel, weil das die einzige Variante ist, bei der niemand für den Vorfall zur Verantwortung gezogen wird.

Ich möchte anmerken, dass nicht lange vor dem Unglücksfall der Leiter des Generalstabs der Ukraine Mushenko einen Bericht über den beklagenswerten Zustand der Dinge in diesem Lager erhielt, aber statt irgendwie darauf zu reagieren und Maßnahmen zu ergreifen, hat er eine Dienstreise ins Ausland angetreten, was einen auch auf bestimmte Gedanken bringt.

de.sputniknews.com: **Krim nach wie vor beliebtes Urlaubsziel für Ukrainer**

Nach wie vor reisen ukrainische Touristen auf die Krim - ungeachtet des Temperaturrückgangs und des nahenden Endes der Urlaubssaison. Das hat der Pressedienst

der Grenzschutzverwaltung für die Autonome Republik Krim am Mittwoch mitgeteilt. Nach den Angaben der Grenzwächter überqueren täglich etwa 9000 Menschen und 1000 Autos die Kontrollposten bei Armjansk, Dshankoj und Perekop. Am Wochenende steigen die Zahlen auf 12 000 Menschen und 1500 Autos.

Die Grenzübergänge bei Armjansk und Dshankoj werden derzeit umgebaut, was zu einer geringeren Wartezeit beim Übergang führen und die staatliche Kontrolle vereinfachen soll. Trotz der Umbauarbeiten ist eine Kontrolle der Reisenden sowie der Autos — auf insgesamt neun Bahnen — rund um die Uhr gewährleistet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31761/69/317616957.jpg>

ukrinform.ua: Umerow zu zwei Jahren Kolonie verurteilt

Das Bezirksgericht in Simferopol hat am Mittwoch, dem 27. September, einen der Anführer der Krimtatarischen Nationalbewegung, Ilmi Umerow, zu zwei Jahren Kolonie verurteilt.

Das teilte per Twitter der Rechtsanwalt Nikolaj Polosow mit.

„Das russische Gericht auf der Krim hat Ilmi Umerow zu 2 Jahren Kolonie verurteilt und ihm eine öffentliche Tätigkeit für 2 Jahre verboten“, schrieb er.

de.sputniknews.com: Putin: „Heute ist ein historisches Ereignis“

Als ein Ereignis von historischem Ausmaß hat Präsident Wladimir Putin die endgültige Vernichtung der russischen Chemiewaffen bezeichnet.

Der letzte chemische Sprengkopf aus dem einst weltweit größten Arsenal wurde am Mittwoch in der Entsorgungsanlage Kisner in Udmurtien (an der Wolga) vernichtet.

Präsident Putin beobachtete den Vorgang per Videozuschaltung.

„Heute ist bei uns ein historisches Ereignis“, äußerte er. Das letzte Geschoss aus den gewaltigen C-Waffenbeständen, die Russland von der Sowjetunion geerbt habe, sei liquidiert worden. „Das ist ohne jedes Pathos ein historisches Ereignis“, lobte der Staatschef.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) bestätigte am selben Tag, dass sämtliche russische Kampfstoffe vollends vernichtet worden seien. „Ich gratuliere Russland und schätze die Leistung der beteiligten Experten hoch ein“, erklärte OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü.

Russland war 1997 der Internationalen Chemiewaffenkonvention beigetreten, welche Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen verbietet. Zu dem Zeitpunkt verfügte das Land mit 40.000 Tonnen über die größten C-Waffen-Vorräte der Welt. Die

Entsorgung begann 2002 und sollte laut Plan bis Ende 2018 dauern.

Dan-news.info: „Bis zum September dieses Jahres wurden in Jasinowataja 247 private Häuser wiederaufgebaut, bei den Mehrparteienwohnhäusern wurden neun Objekte repariert“, teilte der Leiter der Bauabteilung der Stadtverwaltung von Jasinowataja Artjom Polikarpow mit. Zuvor hatte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun mitgeteilt, dass insgesamt während des Konflikts in den Ortschaften in seinem Verantwortungsbereich mehr als 2000 private Wohnhäuser sowie etwa 150 Mehrparteienwohnhäuser und etwa 30 Infrastrukturobjekte beschädigt wurden.

de.sputniknews.com: Russland appelliert an USA: INF-Vertrag darf nicht verletzt werden
Russland ruft die USA laut Vizeaußenminister Sergej Rjabkow dazu auf, den INF-Vertrag nicht zu verletzen, was jedoch durch eine Stationierung von Raketenabwehrkomplexen in Rumänien und Polen der Fall wäre.

Washington verletzt Rjabkow zufolge den INF-Vertrag, der alle bodengestützten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern verbietet, wenn es — zunächst in Rumänien und bald auch in Polen — die bodengestützten Startvorrichtungen Aegis Ashore stationiert. „Das sind Doppelzweckkomplexe, von denen nicht nur Abwehrraketen sondern auch Marschflugkörper gestartet werden können, wobei die Stationierung letzterer an Land in diesem Vertrag untersagt ist“, betonte Rjabkow.

Russland halte sich an den INF-Vertrag und habe ihn nie verletzt. „Wir wollen nicht aus ihm aussteigen“, so der Vizeaußenminister.

Moskau wolle zudem den sinnlosen Austausch von grundlosen Anschuldigungen nicht fortsetzen und strebe stattdessen einen diplomatischen Fortschritt bezüglich dieser Frage an. Das Einzige, worauf die USA mit der Verbreitung von öffentlichen Vorwürfen abziele, sei die Aufrechterhaltung der angespannten Lage und des Konfliktpotentials.

„Wir wissen immer noch nicht, worauf sich ihre Anschuldigungen gründen. Alles, was man uns über diplomatische Kanäle mitteilte, erlaubt uns nicht darauf zu schließen, dass die Amerikaner Beweise für ihre Anschuldigungen haben“, unterstrich Rjabkow

de.sputniknews.com: Putin: USA kneifen vor Vernichtung eigener C-Waffen

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die USA beschuldigt, mit der Vernichtung der eigenen Chemiewaffen zu zögern und damit ihre Verpflichtungen zu verletzen.

Nach der vollständigen Entsorgung des russischen Arsenalen verfügen nun die USA über die weltweit größten C-Waffen-Bestände.

„Die Vereinigten Staaten kommen ihren Verpflichtungen nicht nach“, konstatierte Putin am Mittwoch. Er verwies darauf, dass der späteste Termin für die Vernichtung der amerikanischen C-Waffen schon dreimal wegen Finanzmangel verschoben worden sei.

„Das ist ziemlich eigenartig... Wir erwarten aber, dass die USA wie auch die anderen Länder ihren Verpflichtungen aus internationalen Abkommen nachkommen werden“, äußerte er.

Der letzte chemische Sprengkopf aus dem einst weltweit größten russischen C-Waffen-Arsenal wurde am Mittwoch in der Entsorgungsanlage Kisner in Udmurtien (an der Wolga) vernichtet. Putin beobachtete den Vorgang per Videozuschaltung.

Av-zakharchenko.su: Das Oberhaupt der DVR hat am 27. September eine Versammlung mit Vertretern des landwirtschaftlichen Bereichs des Landes durchgeführt. Hauptthema der Diskussion war die Notwendigkeit der Optimierung der Kosten für Treibstoff für die Unternehmen.

Wie der Landwirtschaftsminister Wladimir Antonow mitteilte, ist es in diesem Jahr gelungen, ein Treibstoffdefizit zu vermeiden, aber bei den Erzeugerkosten für die Produkte machen die

Ausgaben für Treibstoff im Mittel 12% aus, was für die Landwirte erheblich ist. Die Arbeit auf den Feldern hält an. Die Erntekampagne für späte technische Kulturen läuft – Mais ist zu 27% der Gesamtmenge geerntet, Sonnenblumen zu 20%. Außerdem ist die Aussaat der Winterkulturen in vollem Gang. Von geplanten 6000 Hektar haben die Betriebe bisher nur 2000 Hektar ausgesät. Deshalb bleibt die Frage der Treibstoffpreise aktuell.

Aufgrund der Vorschläge des Fachministeriums und der Vertreter der Betriebe wies Alexandr Sachartschenko an, einen Zahlungsaufschub von 60 Tagen für Treibstoff festzulegen. Für die Landwirte wurde ein Limit von 6000 Tonnen pro Monat festgelegt. Das ist das Maximum, das sich der Staat erlauben kann, ohne anderen Wirtschaftsbereichen Schaden zuzufügen. Das Landwirtschaftsministerium wurde angewiesen, den Kreis von Unternehmen festzulegen, die diese Erleichterung erhalten.

Bei dem Treffen wurden auch andere problematische Fragen verschiedener Bereiche des landwirtschaftlichen Komplexes erörtert. Das Republikoberhaupt erinnerte daran, dass die Lebensmittelsicherheit die Priorität bei der Entwicklung der Branche ist.

„Unsere Aufgabe ist es, für die Bevölkerung eine defizitfreie Versorgung mit Lebensmitteln aus örtlicher Produktion zu annehmbaren Preisen zu gewährleisten. Nicht weniger wichtig ist es, sich daran zu erinnern, dass wir von der Rohstoffökonomie abgehen. Alle müssen auf ein Ergebnis hinarbeiten: danach zu streben, fertige Produkte für den Verkauf zu produzieren. Heute ist der Staat bereit, den Landwirten Zugeständnisse zu machen, aber die Eigentümer dürfen solche wichtige Verpflichtungen wie die Zahlung von Steuern, die Zahlungen an Anteilseigner und von Arbeitslöhnen nicht vergessen“, sagte Alexandr Sachartschenko. Auf der Besprechung wurde auch eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die es in der Zukunft erlauben werden, die Ausgaben für Verbrauchsmaterialien und Futter zu senken, indem sie durch Erzeugnisse aus republikanischer Produktion ersetzt werden.

de.sputniknews.com: Trump findet Alternative zum Nordkorea-Krieg

Donald Trump hat Nordkorea zwar mit einem verheerenden Schlag gedroht. Doch statt mit Krieg will der US-Präsident Pjöngjang anders davon abhalten, sein Atomprogramm voranzutreiben, wie das Portal „rueconomics“ berichtet.

Trumps erster und wichtigster Lösungsansatz für das Nordkorea-Problem sei die Destabilisierung, sagte der Politologe Leonid Krutakow dem Portal. Diese funktioniere so: „Die US-Amerikaner versuchen die Chinesen wo es nur geht an der Gründung von Freihandelszonen zu hindern. Dafür stiften sie künstlich Gefahren, politische und militärische.“ Diese Strategie hat einen weiteren Vorteil:

„Nach dem Tod der Transpazifischen Partnerschaft bleibt Asien eine am wenigsten integrierte Weltregion, auch wenn asiatische Länder einer der Haupttreiber der Weltwirtschaft sind. Die Integration könnte dieser Region große Möglichkeiten eröffnen, doch Chinas Machtstellung ängstigt seine Nachbarn – was die USA auszunutzen versuchen.“

Kurzum: „Wenn die USA Konfliktherde schaffen, hindern sie andere Länder daran, Einigkeit zu erzielen“, sagte der Experte.

Aber Trump hat noch eine zweite Variante in petto – eine Strategie wie im Nahen Osten. „Der Arabische Frühling war eine Reaktion Washingtons auf Chinas Versuch, mit den arabischen Ländern eine Freihandelszone zu vereinbaren. Einer der Anhänger dieser Vereinbarung war ausgerechnet der dann gestürzte ägyptische Präsident.“

Jedoch hält der Experte ein solches Gewaltzenario in Asien für möglich, aber für unwahrscheinlich. Die Nordkorea-Krise habe eines ganz deutlich gezeigt:

„Trump wird benutzt, er selbst trifft keine Entscheidungen. Zugleich muss der US-Präsident ständig beweisen, dass er ein starker Führer ist – und dadurch tappt er in die Falle: Wenn es um konkrete Entscheidungen geht, kann er nicht das ausführen, was er im Wahlkampf versprochen hat.“

Ein echter Krieg gegen Nordkorea sei nicht zu erwarten, betont der Experte. Es bleibe bei

Drohgebärden, denn „alle verstehen sehr gut, dass Nordkorea keine kleine Insel ist. Man kann das Land nicht zerbomben, ohne die Nachbarländer zu treffen.“ Und wenn Pjöngjangs Atombombe auch nur auf nordkoreanischem Boden explodiere, könnten die Folgen schon verheerend sein.

„Theoretisch ist ja gar nichts auszuschließen. Aber einen solchen radikalen Schritt würden die USA nur im Extremfall machen: kurz vor einem massiven innenpolitischen Chaos zum Beispiel“, resümiert der Politologe.

[ukrinform.ua: Kiewer Gericht bestätigt Rechtmäßigkeit der Eintreibung bei Gazprom von 79,8 Mio. UAH](#)

Das Wirtschaftsgericht der Stadt Kiew habe die Rechtmäßigkeit der Eintreibung von 79,8 Millionen Hrywnja (UAH) bei Gazprom bestätigt, teilte auf seiner Seite auf Facebook der Justizminister der Ukraine, Pawlo Petrenko, mit.

„Gerade vor ein paar Minuten hat das Wirtschaftsgericht der Stadt Kiew die Rechtmäßigkeit der Eintreibung von 79,8 Millionen UAH bei Gazprom bestätigt“, schrieb Petrenko.

Er erklärte, es gehe um Dividenden des russischen Gasmonopolisten bei der Aktiengesellschaft „Gastransit“, die in den Haushalt der Ukraine eingefordert wurden.

„Wir machen weiter mit der Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidung über die Eintreibung bei dem russischen Gasmonopolisten in das Budget der Ukraine von 171 Milliarden Hrywnja“, betonte der Justizminister weiter.

Am 28. April hatte die Hauptversammlung der Aktionäre von „Gastransit“ beschlossen, 90 % des Reingewinns für das Jahr 2016 in Höhe von 209 Millionen UAH auf die Zahlung von Dividenden zu richten.

[de.sputniknews.com: „Independent“ enthüllt Westens Lüge über Russland](#)

Trotz der Besorgnis seitens Europa und der USA haben die russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ weder zu einem Dritten Weltkrieg noch zu einer Invasion in irgendein Land geführt. Das hat die Journalistin Mary Dejevsky in einem Artikel der britischen Zeitung „Independent“ geschrieben.

Ihr zufolge kann Russland jetzt seine westlichen Partner darauf hinweisen, dass genau sie Falschinformationen verbreiten und in Stereotypen des Kalten Krieges denken. Europäische Medien, Politiker und Militärs bezeichneten das Manöver als nahezu „präzedenzlose Bedrohung“.

"Das einzige, was in die Medien gelangte, war eine Aufnahme des Präsidenten Wladimir Putin, auf der er das Manöver durch ein Fernglas beobachtet, und der Bericht, dass drei Menschen Verletzungen erlitten haben, als ein Hubschrauber versehentlich auf Zuschauer gefeuert hat. Es hat keine Invasion stattgefunden“, so die Journalistin.

Nach den Vorwürfen aus dem Westen, dass Russland angeblich einen Informationskrieg führe, können die Russen ihrerseits die Europäer fragen, wer in Wahrheit Falschinformationen verbreitet, so Dejevsky.

„Wie konnte das passieren, dass die Bedeutung und die Intention von Russlands ‚Zapad-2017‘ in solch wirklichkeitsferner Weise im Westen aufgebauscht worden waren – bis zu einer Vorhersage eines neuen Weltkrieges?“, stellte sie die rhetorische Frage.

Medien sollen Berichte wiedergeben haben, die von angeblich informierten Personen stammten. Darunter sei auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu nennen, der behauptet hatte, dass Russland großangelegte Übungen benutzt, um gegen Nachbarländer zu kämpfen. Oder der britische Verteidigungsminister Michael Fallon: Ihm zufolge habe Moskau „Zapad-2017“ gestartet, um die Nato zu provozieren.

Der große Rummel sei letztendlich auch dem lettischen Außenminister Edgars Rinkevics zu verdanken: Er behauptete, dass Russland bei dem Manöver 100 000 Soldaten einsetzen

werde, wobei es in Wirklichkeit zehnmal weniger waren.

An den „Zapad 2017“-Übungen, die vom 14. bis 20. September im Westen Russlands und in Weißrussland durchgeführt wurden, nahmen rund 12 000 Soldaten teil. Rund 70 Flugzeuge und Hubschrauber, 680 Kampfpanzer und weitere Kampffahrzeuge, fast 200 Geschütze, Raketenwerfer und Mörser sowie zehn Schiffe waren im Einsatz. Der Kreml betonte mehrmals, dass das Manöver nur einen defensiven Charakter habe und die Anheizung der Atmosphäre eine pure Provokation sei.

Nach dem Übungsszenario von „Zapad 2017“ seien extremistische Gruppierungen in das Territorium Weißrusslands und der russischen Exklave Kaliningrad eingedrungen, um Terroranschläge durchzuführen und die Lage zu destabilisieren. Laut Szenario wurden die Extremisten von außen unterstützt, indem sie finanzielle und technische Hilfe sowie Waffen und Kampfausrüstung erhielten.

Lug-info.com: Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der Republik Oberst Andrej Marotschko dementierte die heute in ukrainischen Medien erschienene Information, dass den Soldaten der LVR angeblich erlaubt wurde, Drohnen der OSZE-Mission abzuschießen.

„Heute wurde in ukrainischen Massenmedien eine weitere Falschinformation mit Bezug auf den Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine Oberst Lysenko veröffentlicht, dass angeblich den Soldaten der Volksmiliz der LVR erlaubt wurde, OSZE-Drohnen abzuschießen“, sagte er.

„Diese Erklärung hat keinerlei Grundlagen. Vor allem wäre dies für die Volksmiliz der LVR nicht nützlich, weil wir eine Zusammenarbeit mit den OSZE-Vertretern organisiert haben“, erklärte der Oberstleutnant.

Marotschko fügte hinzu, dass die Volksmiliz alle ihr möglichen Anstrengungen einbringt, um eine qualitativ hochwertige Arbeit der OSZE-Mission abzusichern.

„Mit Hilfe der Volksmiliz der LVR wurden der OSZE-Mission seit Anfang des Jahres sechs Drohnen zurückgegeben, die verloren wurden oder von ukrainischen Soldaten abgeschossen wurden“, erinnerte er.

„Allein im September hat die OSZE-Mission mehr als 30 Drohnenflüge auf dem Territorium der LVR gestartet. Im Verlauf der Arbeit und des Monitorings mit Drohnen haben die internationalen Beobachter keinerlei Anmerkungen gegenüber der Volksmiliz der LVR gehabt“, unterstrich Marotschko.

„Wenn man eine Analyse der täglichen Berichte der OSZE-Mission in der letzten Zeit durchführt, so kann man sich davon überzeugen, dass von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Technik an der Kontaktlinie ausschließlich auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium festgestellt wurde“, sagte der Oberstleutnant und fügte hinzu, dass diese „Falschmeldung“ nur den ukrainischen Truppen von Nutzen ist.

de.sputniknews.com: **Brand in ukrainischem Munitionslager: Explosionen hören nicht auf** – VIDEO

Am Mittwochmorgen ist ein neues Video im Netz aufgetaucht, das die Explosionen in einem der größten Waffendepots des ukrainischen Gebiets Winnyzja zeigt.

Im brennenden Munitionsarsenal ereignen sich demnach drei Explosionen pro Minute, meldet die Nachrichtenagentur "112 Ukraine" unter Berufung auf lokale Behörden.

Laut dem ukrainischen Rettungsdienst erschweren die Explosionen eine Eindämmung des Brandes. Bei den Löscharbeiten werden zwei Flugzeuge sowie drei Löschzüge und zwei Löschpanzer eingesetzt.

Das Waffenlager befindet sich im Dorf Kalyniwka, nahe der südwestlich von Kiew gelegenen Stadt Winnyzja, und brennt seit Dienstag.

Dort wurden Raketen für Raketenwerfer vom Typ „Smertsch“, „Uragan“ und „Grad“ aufbewahrt, insgesamt handelt es sich um rund 83 000 Tonnen Munition, teilte das ukrainische Verteidigungsministerium mit. Über 30 000 Menschen seien evakuiert worden, die Ukraine habe den Luftraum über dem Gebiet gesperrt.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/vMkokUPzhPY" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/vMkokUPzhPY>

ukrinform.ua: Brennendes Waffenlager in Kalyniwka: Poroschenko beruft Militärkabinett ein
Präsident Petro Poroschenko hat auf seiner Facebook-Seite geschrieben, er habe beschlossen, das Militärkabinett unter Beteiligung des Ministerpräsidenten, des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, des Verteidigungsministers, des Chef des Generalstabs, des Leiters des Sicherheitsdienstes der Ukraine sowie der Führung der Nationalgarde, Nationalpolizei und des Staatsdienstes für Notsituationen im Zusammenhang mit den Explosionen auf dem Munitionslager in Kalyniwka einzuberufen.

Der Präsident teilte auch mit, dass er nach dem Erhalt eines Berichtes der Chefs des Generalstabs und des Sicherheitsdienstes sie sofort angewiesen habe, ins Gebiet Winnyzja zu fliegen.

Am 26. September entstand in den Waffenlagern in Kalyniwka ein Brand. Etwa 30 000 Menschen sollen bereits aus dem möglichen Schadensbereich evakuiert worden sein. Nach vorläufigen Angaben sei eine Person verletzt

de.sputniknews.com: „Offener Himmel“: Russland zu keinen Zugeständnissen an USA bereit
Bereits seit längerer Zeit schwelt zwischen Russland und den USA ein Konflikt über die korrekte Auslegung und die praktische Umsetzung des sogenannten Vertrages über den Offenen Himmel. Am Mittwoch reagierte nun der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow auf US-Vorwürfe sowie die bevorstehende amerikanische Eingrenzung der Vertragswirkung.

Der Vertrag über den Offenen Himmel ist eine Vereinbarung aus dem Jahr 1992, die es den teilnehmenden Nationen – allen voran Russland und USA – gestattet, gegenseitig ihre Territorien auf festgelegten Routen zu überfliegen und Aufnahmen zu machen.

Durch diese vertrauensbildende Maßnahme sollen der Frieden zwischen den Militärmächten gesichert und Konflikte vermieden werden. Die korrekte Auslegung und die Umsetzung der Vereinbarung sorgt allerdings seit längerer Zeit für Streit zwischen den USA und Russland. Beide Seiten werfen sich Verstöße gegen die Vereinbarung vor.

Russland habe Gegenforderungen an die Amerikaner im Kontext des sogenannten Vertrages über den Offenen Himmel und werde sich auf keine einseitigen Zugeständnisse an die USA einlassen, erklärte nun der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow russischen Medien am Mittwoch.

„Wir haben eine Reihe von Gegenforderungen an die USA in Bezug auf die Erfüllung einiger Punkte des Vertrages“, so der Vizeaußenminister.

Es gebe eine Reihe von Problemen, die noch keine Lösung gefunden hätten.

Der Diplomat unterstrich, Moskau rechne mit einer einseitigen Eingrenzung des Vertrages seitens Washingtons ab dem kommenden Jahr.

„Die Vereinigten Staaten haben eine gewisse ‚Verschärfung der Bedingungen für die Durchführung der Flüge des Offenen Himmels‘ – so nennen die Amerikaner das – für unsere Flugzeuge angekündigt“, so Rjabkow.

Moskau rechne damit, dass diese Verschärfung wohl ab dem 1. Januar 2018 gelten werde.

Zuvor hatte das US-Außenministerium Russland Verletzungen des Vertrages über den Offenen Himmel beschuldigt und erklärt, es werde „angemessene und vergleichbare“ Schritte

in diesem Zusammenhang unternehmen.

Rjabkow betonte in diesem Zusammenhang, Russland werde sich keinesfalls auf einseitige Zugeständnisse an die Amerikaner im Rahmen des Open-Skyes-Vertrages einlassen.

Der Vertrag gebe keinem der beiden Länder einen einseitigen Vorteil, sondern sei gleichermaßen gewinnbringend für beide Seiten und äußerst wertvoll. Daher sei es wünschenswert, den Vertrag zu erhalten.

„Aber die Vereinigten Staaten haben mit ihrem Vorgehen erneut demonstriert, dass sie die Politik des Druckes bevorzugen“, so Rjabkow.

Selbstverständlich würden sie mit dieser Politik des Druckes im Umgang mit Russland keine Vorteile für sich erringen oder einseitige Zugeständnisse von Russland bekommen können, fügte der Diplomat abschließend hinzu.

Abends:

dnr-news.com: Eine Abgeordnete des EU-Parlamentes aus Ungarn durfte nicht in die Ukraine einreisen

Der staatliche Grenzschutz der Ukraine verweigerte der Abgeordneten des Europaparlamentes Christina Morvai von der ungarischen Partei „Jobbik“ die Einreise in die Ukraine, weil diese im Jahr 2014 die nicht von Kiew kontrollierten Territorien des Donbass besucht hatte. Dies erklärte am Mittwoch der Pressesprecher des Grenzschutzes der Ukraine Oleg Slobodjan.

„Ungefähr um 15:00 wurde in Transkarpatien an der Grenze zu Ungarn eine ungarische Politikerin, der der Aufenthalt in der Ukraine vom SBU bis zum Juli 2019 verboten wurde, durch die Mitarbeiter des Grenzschutzes an der Einreise in die Ukraine gehindert.“, hieß es auf seiner Facebook-Seite.

Nach den Worten Slobodjans kam Morvai an den Grenzübergang „Luzhanka“, um auf das Territorium der Ukraine zu gelangen.

„Nach vorliegenden Informationen hat sie im Jahr 2014 die zeitweise nichtkontrollierten Territorien bestimmter Gebiete des Lugansker und Donezker Oblast besucht und sprach den selbsternannten Führern dieser Territorien ihre Unterstützung aus“, hieß es in der Information. Der staatliche Grenzschutz übergab der Europaabgeordneten den Beschluss über die Verweigerung des Überquerens der Staatsgrenze, ergänzte Slobodjan.



<http://dnr->

[news.com/uploads/posts/2017-09/1506524175_morvai-beste.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/1506524175_morvai-beste.jpg)

de.sputniknews.com: Warten auf neuen US-Botschafter: Russland will „sofort mit dem Aufräumen beginnen“

Russland hofft laut Vize-Außenminister Sergej Rjabkow darauf, dass nach dem Amtsantritt Jon Huntsmans als neuer US-Botschafter in Moskau endlich Probleme aus dem Wege geräumt werden können, die seit Jahren die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten belasten. „Wir hoffen, unverzüglich nach seiner Ankunft in einen Dialog zu treten und mit dem Aufräumen zu beginnen“, sagte Rjabkow am Mittwoch.

Der zuständige Ausschuss des US-Senats hatte am Dienstag Huntsman als neuen Botschafter in Russland abgesegnet

Unter dem früheren US-Präsidenten Barack Obama hatten die Beziehungen der USA zu Russland offenbar ihren Tiefpunkt seit dem Kalten Krieg erreicht. Donald Trump, der seit dem 20. Januar der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist, hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, die Beziehungen zu Russland verbessern zu wollen. Doch seitdem gibt es keinen Fortschritt. Im Sommer belastete ein diplomatischer Streit die Beziehungen noch mehr.